

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentäglich frei Haft Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.
einzelhaftlich Postbeleg 10 Pf.

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Angekündigte Einnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeit-Spaltseite aller Anzeigen 1.40 M., im Reformteil 2.50 M. — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch Herausgeber aufgegebene Anzeigen haften wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen.

Jersinn

Aus München traf am Freitag abend die Nachricht ein, daß der unabhängige Landtagsabgeordnete Gareis in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag, als er sich von einer Versammlung nach Hause begab, mitschlags ermordet worden ist.

Der politische Mord ist nicht etwa nur eine der verworfenen Folgerungen revolutionärer Erstürmungen. Auch in Zeiten der Staatsruhe und Staatsstabilität haben verhehlte und irregelmäßige Fanatiker zu jenem entarteten Mittel der Gewalttat greiffrisch, durch das sie glaubten, in politischen Brennpunkten stehen und von der politischen Brandung umtoste Menschen aus dem Wege räumen zu müssen. Niemals sind sie dadurch „Verehrer“ geworden, ihre Tat hat fast durchweg die politische Erregung und Bewirrung nur bis zum Überstochen zu steigern vermocht, wenn an sich die Zeiten so waren, daß die politischen Wellen hochschlugen, aber aber ihre Tat hat als Vorboten drohender Ereignisse erst die politischen Unruhen hervorgerufen und geschaffen. Der Mord aus politischen Motiven ist darum nicht nur aus Gründen der Moral, Gesetzmäßigkeit und staatlichen Rechtsordnung verwerflich, sondern in der gleichen Stärke deshalb, weil er stets zu den großen Törichtheiten gehört, zu denen sich politischer Fanatismus überhaupt hinreihen läßt.

Nur unreife Burschen, gekaufte Kreaturen, oder aber von politischer Leidenschaft völlig geblende Fanatiker können sich zum Handlanger solcher verbrecherischer Taten herabwürdigen. Es muß beispielweise der rechtgerichteten Presse nichts, wenn sie damals die Tat des Grafen Arco, dem Kurt Eisner zum Opfer fiel, zu beschönigen versuchte, indem sie ihm die bona fides zusprach, eine rettende Tat für sein Land vollbracht zu haben. Auch Graf Arco gehört in die Reihe derjenigen, die sich eines schändlichen und straflichen Verbrechens schuldig machen. Denn Mord heißt Mord. Aber auch diejenigen, die wähnen, unterdrückt zu sein, haben niemals das Recht, zum politischen Mord zu greifen, wenn nicht alle Grundfesten von göttlichem und menschlichem Recht und staatlicher Ordnung ins Wanken kommen sollen. Es gibt darum nach unserer Auffassung keine gerechtfertigte bewaffnete Selbstbefreiung. Denn der Appell an die Waffe von Seiten des Einzelnen oder auch der Masse ist in jedem Falle ein Verbrechen. Darum ist es für uns auch selbstverständlich, daß wir die zuklasse Tat, der nunmehr der unabhängige Landtagsabgeordnete Gareis, der Führer der USPD. in München, zum Opfer gefallen ist, aufs allerhärteste verurteilen. Alle Hebel müssen angezettelt werden, um den Mörder zu finden und ihn der gerechten Strafe zu überlassen. Denn wenn einer seine politische Meinung nicht mehr frei äußern darf, ohne daß er befürchten muß, mitschlags angefallen zu werden — man erinnere sich an den nur wenigen Tage zurückliegenden Fall des mehrheitssozialistischen Landtagsabgeordneten Saenger — oder einem Attentat zum Opfer zu fallen, so ist das ein Zustand, der dadurch beendet werden muß, daß keine Strafe hart genug ist für diejenigen, die verbündet genug sind, ins politische Leben die Waffen hineinzutragen, und die sich dessen in ihrer Verirrung vielleicht noch zu rühmen wagen. Eins aber machen wir nicht mit und lehnen es in aller Entschiedenheit ab, die Tat zum Ausgangspunkt einer erregten politischen Auseinandersetzung zu machen, wie dies beispielweise von den Blättern der Rechten und Linken jetzt geschieht. Die Presse der Rechtsstadt ist voll davon. Die Rechte schreibt jetzt die Schuld auf die Linke, die Linke auf die Rechte. Der Haß unter den Widerschein lohnt wieder auf und beweist, wie er unter der Decke weiter glimmt und weiter schwelt. Dieser Mord bedeutet von neuem eine Vergiftung der politischen Atmosphäre. So viel ist klar: Wir verstehen die furchtbare Erregung, die sich der Freunde des Abgeordneten Gareis bemächtigt hat, wie bestehen ihre strikte Zuordnung nach resoluter Auflösung des Verbrechens und strengster Aburteilung des Mörders — wie billig dies, aber das eine glauben wir mit vollem Rechte hinzuzufügen zu müssen: Es geht nicht an, diese Hubertat zu verallgemeinern, indem man auf der radikalen Linken das gesamte Bürgertum damit belasten will. Wir verabscheuen diese Tat, wollen uns aber dafür halten, die politischen Leidenschaften aufrechtzuhalten, die ohnehin in unseren Tagen groß genug sind. Wir nehmen diese Stellung mit um so stärkerer Berechtigung ein, als über der Tat und über den Kreisen, in denen der Mörder zu suchen ist, nach völliges Dunkel ruht.

Justizreform

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Von sozialdemokratischer Seite wird immer wieder der Vorwurf erhoben, daß unsere heilige Justiz eine Klassenjustiz sei. Manches Urteil mag ja für den einen oder anderen Klassen sicherlich die subjektive Meinung des Richters und Staatsanwaltes mit durchdringen haben, das ist menschlich. Aber trotzdem müssen wir immer wieder erneut gerade unsern Richterstand gegen den Vorwurf verteidigen, einfache Klassenjustiz zu üben. Es ist nicht immer leicht, die bestehenden Gesetze mit dem Leben in Einklang zu bringen. Dann dafür ist unsere Zeit zu schnellig, als daß die

Gesetzgebungsmachine mit ihr im Gleichtakt bleiben kann. Das vieler reformbedürftig ist, sowohl in der Ausbildung der Richter als auch in der Straf- und Zivilgesetzgebung, muß ohne weiteres angedeutet werden. Aber man muß sich doch darüber hüten, die Schuld einseitig dem Richterstande zugeschreiben. Und es ist ein immerhin gewagtes Experiment, mit solchen Vorwürfen die Autorität des Richterstands zu untergraben und im Volle selbst Mißtrauen und Unmut gegen Richter und Urteil hervorzurufen. Das mag für gewisse politische Agitationen ein gefundenes Fressen sein, ist aber auf der anderen Seite ein furchtbareßes Gift, das schließlich im Volkskörper wirken muß und dessen Folgen schließlich wieder das ganze Volk an seinem eigenen Leibe versüren wird. Dem hat auch ein Antrag der Deutschen Unionen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokraten im preußischen Landtag Rechnung getragen, daß das Staatsministerium erachtete, daß die Sorge zu tragen, daß alle Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen Richter oder gegen richterliche Handlungen erhoben werden, durch das Justizministerium sofort einer Nachprüfung in der Richtung untersogen werden, ob die in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen den Tatsachen entsprechen, sowie daß die Öffentlichkeit stets mit größter Geschleunigung über den wahrszenen Zustand aufgeklärt wird". Wenn Demokraten und Sozialdemokraten darüber hinaus beantragen, den Justizminister aufzufordern, einen Plan auszuarbeiten, nach welchem berwirkt, befähigte und praktisch erfahrene Personen aus allen Kreisen des Volkes durch Ablegung der Gerichtshofscriften die Beschuldigung zum Richteramt erlangen können, obwohl sie den bisher vorgeschriebenen akademischen Ausbildungsnachricht nicht durchgemacht haben, so möchten wir doch vor so weitgehenden Plänen warnen. Das Votum kommt in den verschiedenen Zusammensetzungen des Gerichtes, wie Schwurgericht, Schöffengericht, Gewerbezettel, Kaufmannsgericht usw. schon in weitgehendstem Maße zu seinem Rechte und gerade bei den ersten zwei Sitzungen hat es sich häufig gezeigt, daß abweichend von der objektiven Auslegung des Gesetzes durch den Richter und den akademisch gebildeten Juristen Schöfften und Geschworene zu besseren Ergebnissen kamen. Und wenn schon einmal die bishergige Praxis durchbrochen wird, wenn also, wie der „Vorwärts“ offen fordert, befähigte Arbeitersetzteile zu Richtern aufzuladen sollen, so bleibt es für die Dauer schwer, hier die richtige Grenze zu markieren. Auch sollte zum Richter aufgerichtete Arbeitersetzteile werden sich von einseitigen Urteilen nie ganz freihalten können und dies vielleicht noch weniger, wieder akademisch vorgebildete Richter, weil ihnen die geistige Durchbildung, die zu einer objektiven Beurteilung erst die feste Unterlage gibt, gänzlich entgangen. Wenn die Demokraten einen solchen Antrag unterstützen, dann sollten sie sich doch sehr überlegen, ob es nicht noch andere Wege gibt, um Mängeln in der Rechtsprechung und einseitigen Urteilen beizukommen.

Reichsfinanzminister a. D. Erzberger nimmt Stellung zu dem Kardinalbrief

Eine plumpre Fälschung.

Im Kampf gegen meine Person ist den Gegnern jedes Mittel recht. Neben dem Altenbüchstaben wird jetzt mit dem Mittel einer plumpen Fälschung gearbeitet, auf die leider auch Zentralblätter hereingefallen sind. Ausgerechnet der katholisch-freikirchliche „Reichsbote“ hat nämlich einen angeblichen Briefwechsel zwischen dem verstorbenen Kardinal Hartmann und einem nicht-namigen Münchener Prälaten vom Oktober 1917 veröffentlicht, in welchem sich beide Herren schrift gegen meine Friedensfähigkeit ausgesprochen haben sollen und manche Wörter nennen gar Antonius Vacelli als Abrechnen, obwohl der erfindbare Briefwechsel selbst klar sagt, daß der Antonius nicht der Empfänger sein kann. Ich kann natürlich nicht jeden Brief, den Kardinal Hartmann geschrieben hat, aber so viel ist sicher, daß der ihm zugeschriebene Brief vom Oktober 1917 eine Fälschung sein muß und zwar aus inneren Gründen.

1.) Eminenz Hartmann soll im Oktober 1917 geschrieben haben, daß ich mich bemühe, „auf eigene Faust Kreise des hl. Stuhls zur Stellungnahme mit Paris und London zu bestimmen, um einen Frieden in die Wege zu leiten.“ Schön aus dieser einen Behauptung ergibt sich die Fälschung des Briefes, denn im Oktober 1917 habe ich mich nicht in dieser Richtung bemüht, auch nicht bemühen können, weil ich und alle Eingeweihten wußten, daß infolge der „wenig befriedigenden Antwort der deutschen Regierung“ — so hat es der Observatore Romano kurzlich festgestellt — vatikanische Friedensbemühungen in Paris und London gar nicht mehr nützen könnten. Ich habe fernher Eminenz Hartmann niemals um Unterstützung solcher nicht vorhandenen Bemühungen erucht. Der Kardinal konnte also gar nicht diesen Satz schreiben.

2.) Kardinal Hartmann soll weiter geschrieben haben: „Ich will mit Herrn Erzberger persönlich nichts zu tun haben.“ Tatsache ist, daß ich eine ganze Reihe von Briefen des verstorbenen Kardinals von 1914—1919 besitze, die das strikte Gegenteil beweisen und mir warme Dank für meine Tätigkeit ausdrücken. Tatsache ist, daß ich auf persönlichen Vorschlag des Kardinals zum Ehrenmitglied des Vereins vom heiligen Land, dessen Vorsitzender der Herr Kardinal war, ernannt worden bin. Mehr braucht vorerst nicht gesagt zu werden, um den Schwindel klarzutun; denn ich habe während des ganzen Krieges mit keinem Münchener Prälaten politische Beziehungen unterhalten und keiner hat mir gegenüber solche Neuerungen getan. Ebenso erstanden ist der Satz, daß dieser unbekannte und ungenannte Prälat mit seiner Ansicht zum Bestandszusatz zu bringen suchen werde; und daß er mich „scharf im Auge behalten“ werde; auch das ist nie-

geschehen. Der ganze Briefwechsel ist ein Sammelsurium deutsch-nationaler Lügen und Hepe gegen meine Person — geleitet in die Form eines freierfundenen Briefwechsels. Vielleicht trifft es der „Reichsbote“ noch selber mit, wenn er sieht, daß genau Zeute darauf hereingefallen sind. Begierig darf man sein, was dann an die Reihe kommt.

Montag, 13. Juni 1921

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, M. 16, Holbeinstraße 48

geschehen. Der ganze Briefwechsel ist ein Sammelsurium deutsch-nationaler Lügen und Hepe gegen meine Person — geleitet in die Form eines freierfundenen Briefwechsels. Vielleicht trifft es der „Reichsbote“ noch selber mit, wenn er sieht, daß genau Zeute darauf hereingefallen sind. Begierig darf man sein, was dann an die Reihe kommt.

Erzberger, Reichsfinanzminister a. D.

Eine recht eigenartige, aber Erfolg versprechende Taktik beobachtet in neuerer Zeit die Gegner des Politikers Erzberger. Der „Reichsbote“, das sattsam bekannte kulturlämpferische Organ früherer Tage wartet seinen Feind und allen austrocknenden Erzbergergegnern mit Briefen auf, die von Anzweiflungen gegen Erzberger strotzen und die offenkundige Tendenz verfolgen, den katholischen „Sozialdemokraten“ Erzberger in Gegensatz zu den geistlichen Würdeträgern zu bringen. Dabei wird vorsichtig vermieden, irgendwie Angaben zu machen, die eine eventuelle Nachprüfung des Briefwechsels ermöglichen. Erfreulicherweise beginnt der angebliche Briefwechsel im Zentrumskreis einem sehr gerechtfertigten, an völlig Absehung grenzenden Mißtrauen. Zugewichen hat sich der Pseudo-Brieftischreiber in seinem blinden Fanatismus trotz manchmal hervorragend angewandter Weisheit das eigene Grab geschaffen. Der vom Reichsboten veröffentlichte Brief des Kardinals von Bettingen trägt nämlich das Datum des 12. Dezember 1917. Dem entgegen kann sich jeder Interessent überzeugen — das Handbuch des Jesuitenpäters Kroß gibt darüber Aufschluß — daß Kardinal von Bettingen bereits am 12. April 1917 gestorben ist. Am 26. des darauf folgenden Monats war bereits der jetzige Kardinal von Gaubhaber Erzbischof von München. Weder einmal bewahrt sich das Sprichwort: „Lügen haben kurze Beine“, hoffentlich aber auch das andere: „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.“ Was von dem eben erwähnten und bereits nachgewiesenenmaßen gefälschten Brief des Kardinals von Bettingen gilt, gilt auch auf den in derselben Nummer des „Reichsboten“ zum Absatz gelangten Brief eines angeblichen Jesuitenpäters S. Auf eine Anfrage teilt der Herr Reichsminister a. D. Erzberger mit, daß ihm ein Jesuitenpater S. mit dem er in dem angeblich sehr intimen Briefwechsel seie, überhaupt nicht bekannt sei.

Ein objektives Urteil über Erzbergers Tätigkeit findet sich in dem Buch des Deutschnationalen Dr. Spindler-Magel über West-Böhmen. Dieses Urteil ist mit großer Weitwirkung angesichts der sonst üblichen Hepe in diesen Kreisen!

Durch Völker selbst schreibt am 31. März 1918 an Kaiser-Mann aus Rom: „Erzberger, der einige Tage hier war, hat die Wichtigkeit der Neutralität Italiens sofort erkannt. Er hat ein großes Verdienst daran, daß man sich endlich in Berlin über die bissige Lage hier wurde und zu der längst erforderlichen Einwirkung auf Wien entschloß“. (S. 199).

Als eigenem erklärt Dr. Spindler-Magel (Seite 29) über Erzbergers Tätigkeit in Rom: „Der vielfach genannte Zentrumsdeutschland hat sich seiner Aufgabe in Rom in einer Weise angenommen, die auch der politische Gegner auersehen muß. Erzberger hat sich, als er im Frühjahr 1915 decimal mit Zustimmung des Herrn von Bismarck in Rom anzetteln läßt, eindrucksvoll die Wahrheit gegeben, seine vaterländischen Beziehungen der deutschen Sache einzufügen. Er hat zur Zeit der romischen Mission unglaubliche Dienste geleistet“. Auch der deutsche Militärrat von Schweinfurt bestätigt in dem Bericht an den Generalstab, daß Erzberger „loyal und mit erheblichen Zeiterfolgen für die Völker-Politik gewirkt“ hat.

Zum 70. Geburtstag des Verlegers Lambert Lensing

Das Jahr 1921 gehört den allbewährten Künstlerproblemen. Ohne feierte seinen 70. Geb.stag. Später blieb auf 75 Lebensjahre zurück. Nunmehr besteht in geistiger und körperlicher Frische ein anderer Triarier der Zentralblätter den Ehrentag seines 70. Geburtstages, ein Mann, der selbst Zentralgeschichte bedeuter und der sich momentan in der Geschichte des Zentralpreises ein Denkmal, dauernd als Leg erichtet hat. Lambert Lensing ist am 14. Juni 1851 zu Emmerich am Rhein geboren. Dort erlernte er nach einem dem Bruder Heinrich am Rhein geboren. Dort erlernte er nach einem dem Bruder Heinrich am Rhein geboren. Gemeinkunst mit seinem Bruder Heinrich gründete er unter der Firma Brüder Lensing. Dorthin wurde, eine Buchdruckerei und eine Weinhändler geworden. Diese Tätigkeit unterbrach er im Jahre 1872, um als Einzelhandelsfreiwilliger bei der Feldartillerie in Wesel seiner vaterländischen Pflicht Genüge zu tun. Gemeinkunst mit seinem Bruder Heinrich gründete er unter der Firma Brüder Lensing. Dorthin wurde, eine Buchdruckerei und eine Weinhändler geworden. Sie fand rasch weite Verbreitung und steht seit Jahrzehnten unter den führenden Zentralblättern in vorderster Reihe. Unsererzeit hat sie die Devise des Zentrums hinausgetragen in alle ihre erreichbaren Gau. Die Devise für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Lambert Lensings Tätigkeit aber blieb nicht nur auf seinem ihm eigenen Arbeitsgebiete beschränkt, nein, auch in der breitesten öffentlichen Wirkung wirkte er erfolgreich für die Sache des Zentrums. Schon früh errang er sich durch seine Tätigkeit als Redakteur und Organisator einen Namen in der Zentralpartei. Eine führende Rolle spielt Lambert Lensing im Jahre 1889 in der großen Bergarbeiterbewegung, in deren Verlauf es infolge seines Buches „Der Bergarbeiterkrieg des Jahres 1889“ zwischen ihm und der Bergbehörde zu einem schweren Konflikt kam. Schweres Opfer hat dann auch Lambert Lensing als Leiter und Verleger seines Blattes in den Zeiten des Kulturkampfes für seine Überzeugung bringen müssen und er hat diese Opfer, wie fast alle seine damaligen Kollegen, im Vertrauen auf die gute und gerechte Sache gern und fröhlig getragen. Im Jahre 1891 wurde er zum Stadtverordneten gewählt. Seit dieser Zeit gehörte er — mit einer kurzen Unterbrechung von zwei Jahren — dem Stadtverordnetenkollegium von Dortmund alsständiges Mitglied an; gegenwärtig bekleidet er die Stelle des Vorsitzenden im Stadtparlament Dortmund.